KAS Budapest
Klaus Weigelt

Countdown 2006 (13)

Das bürgerliche Lager in Ungarn vor einer erneuten Wahlniederlage?

1. Die Parteien im Wahlkampf und im Spiegel der neuesten Umfrageergebnisse

Szonda-Ipsos, Median und Tárki prognostizierten in den letzten Wochen einen MSZP-Vorsprung: „Nachdem sich bei den beiden großen Parteien monatelang nichts getan hat, konnte MSZP unlängst aufholen und führt nun um einige Prozente vor dem oppositionellen FIDESZ. Für einen Wahlsieg würde das allein jedoch nicht ausreichen."

Zwar werden die Sozialisten und die Liberalen in Budapest und anderen Großstädten ihre Mehrheit vermutlich bis zu den Wahlen halten können, aber FIDESZ ist auf dem Lande und in kleineren Städten stärker. Dadurch wird er wahrscheinlich die Mehrheit der 176 Einzelwahlkreise gewinnen. Dies könnte bedeuten, dass MSZP nur mit Hilfe von SZDSZ eine Regierung bilden kann. SZDSZ hat sich zwar in letzter Zeit ständig gegen eine Koalition mit den Sozialisten geäußert (wie vor den Wahlen 2002, nach denen sie dann doch koaliert haben), aber diese Aussagen sind ohne Bedeutung. Nach heutigem Stand könnte SZDSZ die 5%-Hürde, anders als MDF, überwinden. Die Lage und Zukunft von SZDSZ bleibt aber unklar, weil viele seiner Wähler eine Rückkehr von Viktor Orbán an die Macht befürchten und deshalb eher für die „sichere" MSZP stimmen könnten als für die eigene Partei.

Eine sichere Prognose über den Ausgang der Wahlen am 9. April ist nach wie vor unmöglich. Nach Aussage von Experten gestaltet sich die Situation wie folgt: von den ca. 8 Mio. Wahlberechtigten gehen 20% nicht zur Wahl. Weitere 20% könnten zur Wahl gehen – daraus ergäbe sich eine Wahlbeteiligung von 60% plus –, aber es gibt keine Anhaltspunkte für evtl. Wahlpräferenzen dieser ca. plus/minus 10% Wähler. Von den 60% mehr oder weniger sicheren Wählern, weiß man ebenfalls von 15% nichts oder wenig über ihre Präferenzen. Lediglich 45% der Wähler werden bei den Umfragen relativ sicher erfasst. So ist man darauf angewiesen, sich auf strukturelle und aktuelle Beobachtungen zu stützen. Diese sprechen derzeit nicht für die bürgerliche Seite.

Hinter dem erwähnten Vorsprung der Linken kann man eine Reaktion einiger zuvor noch unentschlossener Wähler auf die Negativkampagne des Fidesz vermuten, die sogar innerhalb der eigenen Reihen auf Missbehagen gestoßen war. FIDESZ hatte landesweit mit schwarzen Plakaten Fehlleistungen der Regierung wie Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Preiserhöhungen, Armut angeprangert (,,Wir leben heute schlechter"), was offenbar nicht den gewünschten Erfolg hatte, außer der Mobilisierung einiger verborgener MSZP-Wähler, die an den erneuten Sieg ihrer Partei zu glauben beginnen. „Oh ja, das haben sie gut hingekriegt", heißt es jetzt in ironischer Anspielung auf den MSZP-Werbespruch „Wir haben es geschafft".

Ein strukturelles Problem für FIDESZ ist darin zu sehen, dass Ungarn inzwischen ein konsumorientiertes Land ist, dessen Bewohner mehrheitlich wenig an Politik und noch weniger an einer wertverpflichteten Politik interessiert sind, sondern daran, in Ruhe gelassen zu werden, was die Sozialisten versprechen. In diesem konsumorientierten Land, in dem eher das eigene Wohlgehen im Vordergrund steht, stört es, wenn der Eindruck entsteht, dass die Politik vorschreiben will, wie die Bürger ihr Leben führen sollen. FIDESZ wirbt mit konkreten Vorstellungen einer wertgebundenen Lebensführung und Familie (Kritik an Singles), mit Vaterland und Nation (die Ungarn jenseits der Grenze), und das beunruhigt viele Wähler eher, als dass es sie für FIDESZ gewinnt. Das war schon beim Referendum am 5. Dezember 2004 erkennbar. Offenbar hat das Umsteuern von FIDESZ nach der Niederlage beim Referendum nicht sehr viel genützt.

Deswegen sind die Bürgerlichen bei den unter 30-Jährigen, die noch an Ideale glauben, wesentlich stärker, während ältere Jahrgänge überwiegend zu den Sozialisten und Linksliberalen tendieren. Allgemein gilt jedoch, dass der Wahlkampf und die Parteiprogramme, die auch nicht sehr unterschiedlich sind, nur wenige Menschen interessieren. Die Budgetprobleme werden überhaupt nicht angesprochen. Offene Worte über die unvermeidbaren umfassenden Reform- und Sanierungsmaßnahmen können sich nur die Kleinen, SZDSZ und MDF, leisten. Es geht vielmehr um einen Zweikampf zwischen den beiden Führungspersönlichkeiten Gyurcsány und Orbán. Entscheidend für das Wahlergebnis wird es sein, ob Premier Ferenc Gyurcsány oder Oppositionsführer Viktor Orbán überzeugender auf die Wähler wirken kann. Zurzeit sehen wesentlich mehr Menschen Gyurcsány als kompetenten Regierungschef an als Orbán.

Der FIDESZ vertraut darauf, dass ihm mithilfe seiner Aktivisten die Mobilisierung des eigenen Lagers gelingt. Dieses Argument ist wichtig. Die heutige Partei ist mit der von 2002 nicht mehr zu vergleichen. Man ist landesweit bestens aufgestellt, sogar besser als MSZP. In allen 176 Wahlkreisen gibt es nicht nur Kandidaten und ihre Helfer, sondern gut arbeitende Parteiorganisationen. Aus den ca. 7.000 Parteimitgliedern (2003) sind inzwischen 30 und 35.000 geworden, eine beachtliche Leistung. Man wird – anders als 2002 – in allen 11.000 Wahlbüros mit eigenen Beobachtern vertreten sein. In den letzten vier Tagen vor der Wahl werden 45.000 Aktivisten die Partei und ihre Sympathisanten motivieren, zur Wahl zu gehen.

Auf nationaler Ebene gibt es offenbar – anders als 2002, als MSZP offen das Centrum unterstützte, um FIDESZ (mit Erfolg) zu schaden – diesmal keine solchen Aktionen. Aber in einzelnen Wahlkreisen unterstützt FIDESZ Kandidaten der extrem linken Arbeiterpartei (Munkáspárt), während MSZP Kandidaten des rechtsradikalen MIÉP fördert, jeweils um den eigenen Kandidaten den ersten Platz im Wahlkreis zu sichern.

Zusammenfassend wäre für den 9. April denkbar, dass FIDESZ stärkste Partei wird, aber MSZP und SZDSZ weiterregieren, weil FIDESZ wegen des Ausscheidens von MDF keinen Koalitionspartner hat. Auf diese Gefahr hat KAS Budapest seit über einem Jahr in Gesprächen immer wieder hingewiesen.

2. Informationen aus den Parteien, Wahlkampf

Der **Wahlkampf** nimmt teilweise eine auch für ungarische Verhältnisse raue Gestalt an. Bedrohungen und körperliche Gewalt sind auch nicht selten. Zu Beginn des

Wahlkampfes wurden einige Helfer der Parteien, die Unterschriften für ihre Kandidaten sammelten. angegriffen und verprügelt, einem SZDSZ-Anhänger wurde sogar ins Gesicht geschossen. Diese Aktionen sind Ausdruck einer allgemeinen, nicht auf konkrete Parteien gerichteten Politikverdrossenheit und –ablehnung.

Auf der anderen Seite spielen im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen diesmal offener oder latenter Antisemitismus (Tibor Pásztor, MSZP, gegen Tamás Deutsch-Für, FIDESZ; Pásztor musste zurücktreten) und Romafeindlichkeit eine größere Rolle. Das ist für die politische Kultur des Landes von nachhaltigem Schaden.

Ferenc Gyurcsány lud Viktor Orbán zu einer **Fernsehdebatte** noch vor den Wahlen ein. Nach einigem Hin und Her einigte man sich auf den 5. April. Nachdem das bekannt wurde, bestand Ibolya Dávid (MDF) darauf, an der Debatte teilzunehmen. Sie schlug vor, dass alle vier Parteichefs miteinander debattieren sollten. Jetzt findet nach dem Spitzengespräch am 6. April eine weitere Fernsehdiskussion der vier Parteichefs statt. Die beiden kleineren Parteien, SZDSZ und MDF, erhoffen sich von dieser Debatte zusätzliche Wählerstimmen.

Am Wochenende vor den Wahlen rufen die beiden Großparteien ihre Anhänger auf die Straße. **MSZP** wird seine Anhänger am 1. April in der Andrássy Straße, **FIDESZ** die seinen am 2. April auf dem Kossúth Platz versammeln. Man rechnet damit, dass FIDESZ mehr Anhänger mobilisieren kann.

Eine Anfrage von MSZP und FIDESZ an das Wahlkomitee der **EU**, **Wahlbeobachter** zu entsenden, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, dass es bei den letzten beiden Wahlen (2002 Parlamentswahlen und 2004 Europawahlen) auch keinerlei Betrug gegeben habe; Ungarn brauche keine Wahlbeobachter.

Die deutsche **Bundeskanzlerin Angela Merkel** empfing am 7. März den Oppositionschef, Viktor Orbán, in Berlin. Ursprünglich sollte Angela Merkel zur Eröffnung des Gedenkjahres für die Ungarische Revolution 1956 auf Einladung des EVP-Präsidiums am 22. Februar nach Budapest kommen. Dieser Termin wurde kurzfristig abgesagt. Angela Merkel hat bisher (seit 1990) noch nie Ungarn besucht. Auf dem FIDESZ-Wahlkongress am 19. März unterstützte die CDU-Vorsitzende die EVP-Mitgliedspartei durch eine Video-Botschaft (wie Berlusconi, Aznar, Schüssel, Sanada und Stoiber). MDF erhielt für seinen Wahlkongress eine schriftliche Grußbotschaft.

Die **Zentrumpartei**, die 2002 immerhin 3,8% erreicht hatte, taucht diesmal nirgendwo auf. Ebenso aussichtslos ist die Lage für die in zwei Parteien gespaltene kommunistische **Arbeiterpartei** und die rechtsradikale **MIÉP**.

Das **Ungarische Demokratische Forum (MDF)** hat am 4. März seinen Wahlkampf eröffnet. Die kleinste Parlamentspartei wirbt mit einer Wirtschaftspolitik, wie sie die CDU vertritt, sie sagt der Korruption den Kampf an und attackiert beide großen Parteien. Führende MDF-Politiker betonen häufig, ihre Partei sei die einzige in Ungarn, die ihre ideologische Grundhaltung seit der Wende von 1990 nicht verändert habe. Man vertrete konservative Werte und nehme damit die gleiche Position ein wie vor 15 Jahren. Dennoch hat sich der Platz der Partei im ungarischen Parteienspektrum verändert. Im gegenwärtigen Wahlkampf hält sich das MDF an seine Strategie, die sich schon bei der EP-Wahl bewährt hat. In seinem Wirtschaftspolitik orientiert sich MDF an den Leitbildern: Einheitssatz für die Einkommensteuer, Streichung der Kursgewinnsteuer und der Erbschaftssteuer, Konsolidierung des Staatshaushalts. Das MDF präsentiert sich als Partei des

Mittelstandes. Die Werbung für eine „erwachsene Politik“ lässt erkennen, dass vor allem die obere Mittelschicht sowie die von Fidesz oder MSZP enttäuschten Wähler angesprochen werden. Viele Fernsehspots stammen aus dem Arsenal des letzten CDU-Wahlkampfes 2005.

Die Konflikte zwischen den beiden Oppositionsparteien FIDESZ-MPSZ und Demokratisches Forum MDF verschärfen sich immer mehr. Am 4. März gab das MDF bekannt, der FIDESZ habe in insgesamt 27 Fällen Abgeordnete der kleineren Oppositionspartei bedroht, damit diese auf ihre Kandidatur verzichten. Die schweren Vorwürfe sollen allerdings vorerst nicht vor Gericht landen. Das MDF hat die Beweise bei einem Anwalt hinterlegt und will erst klagen, wenn eine der Drohungen tatsächlich Realität wird, erklärte MDF-Fraktionsvorsitzender Károly Herényi bei einer Pressekonferenz. Erwiesen ist, dass der FIDESZ-Kandidat Zoltán Bagó aus Kalocsa (Südmittelungarn) den MDF-Kandidaten der Stadt, Romsics Imre, bedroht haben soll. Das MDF legte beweiskräftige Tonbandaufnahmen vor. Viktor Orbán entschuldigte sich nach diesem Zwischenfall schriftlich beim MDF – allerdings ohne Erfolg. MDF-Chefin Ibolya Dávid nahm die Entschuldigung nicht an und erklärte stattdessen, ihre Partei habe für ähnliche Fälle weitere Beweise in der Hand (s. o.). Ibolya Dávid erklärte noch in der Versammlung, man bereite sich nicht auf eine Koalition vor. Sie fügte hinzu: „Eher stärker in der Opposition, als willenlos in einer Koalition.“ Wie oben bereits angedeutet, kann dieser Konflikt der bürgerlichen Seite die Regierungsübernahme kosten.

Bei allen Problemen und Differenzen gibt es auch **Übereinstimmung**, z. B. beim Thema **Verwaltungsreform**. Alle Parteien wollen einen schlankeren, billigeren Staat und weniger Bürokratie. Die Verwaltung soll transparenter werden. Einigkeit besteht auch darin, dass der **Haushalt** schleunigst konsolidiert werden muss, um die geplante Euro-Einführung (2010) nicht zu gefährden. Übereinstimmend sprechen sich alle Parteien auch dafür aus, **kleinen und mittelständischen Unternehmen** stärker direkt und indirekt unter die Arme zu greifen.

3. Die wirtschaftliche Lage

Die Außen- und Finanzminister der vier **Visegrád-Länder** (V-4) sind am 8. März in Budapest zusammengetroffen. Als Hauptthema hat man das jährliche Budget für die regionale Zusammenarbeit bearbeitet. Die Außenminister Polens, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarns kamen überein, das Budget von 3,2 Mio. auf 5 Mio. Euro anzuheben. Der slowakische Außenminister Eduard Kukan schlug bei dem Treffen vor, die Visegrád-Länder sollten auch ihre Schulferien aufeinander abstimmen. „Regelmäßiger Schüleraustausch kann dazu beitragen, dass die Jugend ein regionales Identitätsbewusstsein entwickelt“, sagte Kukan. Unter der Leitung des EU-Steuerkommissars László Kovács erörterten die Minister Fragen der Steuerharmonisierung in der Union. Der Berater des slowakischen Finanzministeriums Martin Brunczko erklärte, er befürworte Angleichungen bei indirekten Steuern, nicht aber bei direkten oder Gesellschaftssteuern. Kovács sagte, einheitliche EU-Steuern würden frühestens ab 2014 erhoben. Der ungarische Finanzminister János Veres unterstützte die österreichische Idee einer umgekehrten Mehrwertsteuer, die vom Käufer und nicht vom Verkäufer zu zahlen wäre.

Mit 7,5% hat die **Arbeitslosenrate** laut Berichten aus jüngsten Angaben des Zentralamtes für Statistik (KSH) ihren höchsten Stand seit sieben Jahren erreicht.

Manche Fachleute bestreiten diese Zahl. Ihrer Meinung nach liege die Zahl der Arbeitslosen auf demselben Niveau wie vor einem Jahr. Diese Diskrepanz liegt in der statistischen Methodik begründet. Für das KSH gilt als arbeitslos, wer innerhalb von vier Wochen nach Arbeit nachgefragt hat. Wer diese Frist überschreitet, wird dem wirtschaftlich inaktiven Teil der Bevölkerung zugeschlagen und findet in der Arbeitslosenstatistik keine Berücksichtigung mehr. Da die Regierung im vergangenen Jahr die Unterstützung erhöhte, verstärkte sich das Interesse der Arbeitslosen an der Aufrechterhaltung ihres Status. Im Jahresvergleich sank die Zahl der wirtschaftlich Inaktiven um 50.600 auf 3.506.000. Gleichzeitig wuchs die Zahl der wirtschaftlich Aktiven um 50.800 auf 4.215.500. Da insgesamt mehr Personen registriert waren, stieg die Zahl der Arbeitslosen um 42.500 auf 317.600. Aussagekräftiger kann vielleicht die **Beschäftigungsrate** eingeschätzt werden, die sich laut KSH im Jahresvergleich von 50,4% auf 50,5% erhöht hat. Während die Arbeitslosenrate um 0,9% zunahm, wuchs die Beschäftigtenzahl um 8.600 auf 3.897.900.

Ungarn hat seine **Defizitziele** in den vergangenen Jahren immer wieder verfehlt und ist dafür von der EU mehrmals gemahnt worden. Für 2005 erwartet man eine endgültige Defizitrate von 6,1%. Das ursprüngliche Ziel der Regierung von 3,6% wurde damit deutlich überschritten. Für 2006 waren bisher 4,7% geplant, aber diese Ziffer erhöht sich jetzt aufgrund der Eurostat-Entscheidung.

Der **Kurs des Forints** hat in den Märzwochen einen Tiefstand erreicht, den er seit zwei Jahren nicht mehr gehabt hat. Wegen Zinsanhebungen in den USA und Westeuropa verloren die mitteleuropäischen Märkte vorübergehend an Attraktivität. Auf längere Sicht wird damit gerechnet, dass sich der Forint in der Region um 260 (für einen Euro) bewegt. Für die langfristige Forint-Schwäche sind nicht internationale, sondern hausgemachte Faktoren, hauptsächlich das enorme Haushaltsdefizit, verantwortlich.

4. Ungarn und EU und NATO

Das ohnehin sehr hohe ungarische Haushaltsdefizit kann sich infolge einer Eurostat-Entscheidung bezüglich der Verrechnung von **Militärausgaben** weiter erhöhen. Laut einem Beschluss von Eurostat, dem Statistikamt der Europäischen Union, müssen Regierungsausgaben für militärische Ausrüstung in der Zeit der Anschaffung und nicht erst im Verlaufe der Abzahlung verrechnet werden. Das heißt, dass Ungarn die Kosten seiner neuen Abfangjäger Marke Gripen (Das Verteidigungsministerium hat am 30. März 14 Überschall-Jagdflugzeuge vom Typ JAS-39 EBS HU Gripen übernommen. Für die Abzahlung ist eine zehnjährige Frist gesetzt.) bereits in den Budgets diesen und des kommenden Jahres abbuchen muss. Das Haushaltsminus erhöht sich dadurch in folgenden zwei Jahren um je 0,3% des Bruttoinlandsprodukts, da diese Kosten bisher nicht in die Rechnung einbezogen worden sind. Die Europäische Kommission hat sich mehrfach unzufrieden über den ungarischen Haushalt geäußert. Bis zum 1. September hat Ungarn einen Aufschub erhalten, einen verbesserten Plan für die Eurokonvergenz zu unterbreiten. Um den Fahrplan einzuhalten, wird sich die Regierung zu Ausgabenkürzungen oder zu Steueranhebungen entschließen müssen. Aber weder die regierenden Sozialisten (MSZP) noch die Oppositionspartei FIDESZ sind zu solchen Maßnahmen bereit. Die Erfüllung der Wahlversprechen von FIDESZ würden den Staat 3,6 Mrd. Ft (14 Mio.

Euro) kosten. Die MSZP muss rund 1,4 Mrd. Ft (5,46 Mio. Euro) bereitstellen, wenn sie sich im Falle ihrer Wiederwahl beim Wort nehmen lässt.

Sondermeldungen

Die alljährliche **Verleihung** der größten ungarischen Auszeichnungen, der **Kossuth- und Széchenyi-Preise**, verlief 2006 unruhiger als gewohnt. Staatspräsident László Sólyom hatte bereits bei der Verkündigung der zum Preis Vorgeschlagenen gesagt, er sei nicht mit allen Preisträgern einverstanden, die ihm die Regierung vorgeschlagen habe. Drei von ihnen – Emil Mosonyi, József Marjai und János Fekete – hätten während des sozialistischen Regimes eine zu große Rolle gespielt. Mosonyi (Schwager des ehemaligen Ministerpräsidenten, József Antall) war einer der Chefplaner des umstrittenen Wasserkraftwerkes in Nagymaros, Marjai war stellvertretender Ministerpräsident in den Jahren vor der Wende, und Fekete war ebenfalls vor der Wende Vize-Präsident der Ungarischen Nationalbank. Trotz seiner Bedenken bewilligte Sólyom schließlich die Liste. Bei der Verleihung weigerte er sich jedoch, Fekete die Hand zu geben. Mit Marjai tauschte er diese Geste der Höflichkeit aus. Mosonyi erschien nicht zur Preisverleihung; der 96jährige Professor lebt in den USA und ist schwer krank. Diese Geste des Staatspräsidenten hat ihm geschadet; in der Beliebtheitsskala ist er innerhalb einer Woche nach der Preisverleihung vom ersten auf den dritten zurückgefallen.

Der **15. März** ist einer der drei Nationalfeiertage in Ungarn. Er steht für Freiheit und nationales Selbstbewusstsein. Der 158. Jahrestag der Revolution wurde gefeiert, aber die Parteien nutzten den Tag, um im Rahmen der Gedenkveranstaltungen Wahlkampf zu machen. Die offiziellen Feierlichkeiten fanden wie immer im und vor dem Parlament sowie vor dem Nationalmuseum statt. Hier sprach MP Ferenc Gyurcsány (**MSZP**). Die Rede wurde vereinzelt von Pfiffen gestört. Solche Störungen gab es bei den anderen Versammlungen nicht, da dort die Parteien unter sich waren. Der Budapester Oberbürgermeister Gábor Demszky (**SZDSZ**) rief am Denkmal für den Revolutionsdichter Sándor Petõfi am Pester Donau-Ufer zu mehr Toleranz auf. Viktor Orbán (**FIDESZ**) sprach zu mehreren zehntausend Anhängern am Denkmal für den ungarischen Bauernführer György Dózsa unterhalb des Budaer Schlosses. Er warb für sein ,,nationales Programm“. Der Vizevorsitzende vom **MDF** Kornél Almássy zog eine Parallele zwischen dem Veränderungswillen der Revolutionäre von 1848 und den Herausforderungen des heutigen Ungarns. Die sachliche Haltung des MDF sei heute wichtiger denn je. Die Anhänger der rechtsradikalen Parteivereinigung **MIÉP-Jobbik** „Der dritte Weg“ versammelten sich auf dem Budapester Heldenplatz. MIÉP-Vorsitzender István Csurka erklärte in seiner Rede, die Liberalen müssten aus dem Parlament gedrängt werden. An ihrer Stelle sollte „Der dritte Weg“ einen Platz bekommen. Es gelang der Partei nicht, den Heldenplatz wie in der Vergangenheit zu füllen. Viele seiner Anhänger sind zum Fidesz abgewandert.

Zitat des Monats:

„Also, bei den KISZ-Leuten (Jugendorganisation der damaligen kommunistischen Partei) gibt es keinen normalen, verhandlungsfähigen Menschen. Es gibt einen einzigen, den ich kenne, der auch ernst zu nehmen ist. Wenn man mit dem in eine Diskussion gerät, dann werden die eigenen Fähigkeiten auf die Probe gestellt. Das ist ein Mann namens Gyurcsány.”

Népszabadság, Leitartikel, 08. März 2006
Zitat aus einem Interview mit Viktor Orbán vom 21. Februar 1989